

Freitag, den 29. August 1919

Lodzer

Einzelverkaufspreis 25 Pf.

Freie Presse

Ausgabezeit: Von Sonnabend bis Dienstag 20 Pf. — Mittwoch 25 Pf.
Die übergeordnete Zeitung: "Die Welt" 20 Pf. — Für Wochentypen Sonderausgabe
Ausgabezeit: Dienstag 1 Uhr abends.

Ausgabezeit: Die Zeitung erscheint täglich zweimal. Montag: mittags. Die Zeitung
in Polen und Umgegend wöchentlich 1 Maler 20 Pfennige. Monatlich 80 Mark
bei Verlegerhaus 120 L. 25 Kopeken. 1200 L.

Nr. 227

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Die evangelische Kirche in Großpolen.

Bor einigen Tagen hat auch der "Dziennik Poznański" zu dieser Frage Stellung genommen. Er führte u. a. folgendes aus:

Der polnische Staat müßte sich gegenüber den Evangelischen in Großpolen folgender Richtlinien bedienen: Vor allem muß das vollkommene Recht einer eigenen unabhängigen Kirchen-Organisation gewährleistet werden; weiter habe man darauf zu achten, daß das Posentum und die Polen innerhalb der evangelischen Kirche nicht durch die Deutschen geschädigt werden, damit die evangelische Kirche in unserem Gebiete nicht als Vorposten des Deutschtums, speziell aber des Deutschen Reiches werde. Dies bedeutet aber keineswegs, daß die Deutschen evangelischen in ihrer Kirche und ihrer Nationalität irgendwie geschädigt werden sollen. Vor allem muß eine vollständige Trennung der evangelischen Kirchenverwaltung, der wenig zahlreichen Lutheraner oder Calvinier oder der vereinigten evangelischen Landeskirche durchgeführt werden. Bis jetzt bestand der Organismus dieser Kirche darin, daß an der Spitze jeder Provinz ein durch den König als summus episcopus ernanntes Konsistorium, sowie eine Provinzialsynode als Vertreter der Kirchengemeinden bestand. Als höchste Instanz für ganz Preußen galt der Oberste Kirchenrat in Berlin. Deutscherseits möchte man natürlich diesen Organismus beibehalten und zwar zum sehr durchsichtigen, d. h. politischen Zwecke. Aber davon kann keine Rede sein. Der politische Staat kann es nicht dulden, daß irgend eine deutsche Instanz im Bereich des polnischen Staates Entscheidungen zu treffen hätte. Man könnte die vereinigte evangelische Landeskirche dem Warschauer Organismus nicht unterordnen — denn das Augsburger oder kalvinische Bekenntnis ist eine Absonderung. Es soll jedoch die Bildung einer großen Synode in die Wege geleitet werden, die eine besondere von der deutschen Republik unabhängige Landeskirchen-Verwaltung feststellt. Die polnische Republik könnte aber auch dann nicht die gefährliche Verbindung mit Berlin dulden. Dasselbe betrifft auch die Ausbildung der evangelischen Geistlichkeit. Die deutschen Hochschulen sind die Pflanzstätten eines grenzenlosen Chauvinismus. Die zukünftigen evangelischen Seelsorger dorthin zu schicken, würde für die Polen eine Gefahr des Verlustes ihrer Nationalität bedeuten, und die Deutschen zu unversöhnlichen Feinden des polnischen Staates machen. Es dürfen also zur evangelischen Seelversorgung nur solche Theologen zugelassen werden, die nicht in Deutschland studiert haben. Dies bedeutet hingegen nicht, daß die Ausbildung der deutschen Theologen irgendwelchen Schaden erleiden sollte. Man muß eine höhere evangelische Bildungsanstalt, entweder eine geistliche Akademie oder eine theologische Fakultät in Warschau einrichten, je nachdem die Interessenten es haben wollen. Außerdem müßte man mit der evangelischen Welt, sowohl der angelsächsischen wie der schweizerischen enge Verbindung suchen, wo gegebenenfalls die evangelische Geistlichkeit die Befestigung ihrer Studien erreichen könnte.

Auf diese Ausführungen des "Dziennik Poznański" antwortet nun C. N. im "Posener Tageblatt". Er sagt:

Die Betrachtungen des "Dziennik Poznański" beginnen damit, daß das Recht der evangelischen Kirche auf eigene und unabhängige kirchliche Organisation anerkannt wird, und sie endigen mit der Behauptung, daß die polnische Regierung evangelischer summus episcopus sei. Wie man von der Liberalität des ersten Standpunktes zu dem Absolutismus des zweiten hinüberzuspringen vermöge, wie man kirchliche Selbstverwaltung (das ist eigene und unabhängige Organisation) mit staatlicher Leitung der Kirche (das wäre ein staatlicher Summepiskopat) vereinen will und wie der Anspruch auf staatliche Leitung gegenüber § 8 des zwischen den Verbandsmächten und dem polnischen Staat geschlossenen Vertrages gerechtfertigt werden soll, das wird in dem Aufsatz des "Dziennik Poznański" allerdings nicht gesagt. Wir wüssten auch nicht, wie man auf dem Wege schlüssiger Darlegung kirchliche Unabhängigkeit zu einem staatlichen Summepiskopat über die Kirche umsetzen könnte. Ziemlich, die Sprache, die der "Dziennik Poznański" führt, ist ruhig und verhältnismäßig gelassen. In der Sache selbst freilich möchten wir von einem Zustande ungewöhnlicher Hilflosigkeit sprechen.

Wohin soll es auch führen, wenn man Kirchenpolitik treiben will, ohne daß man sich zuvor mit der Kirche, welche das Recht eigener und unabhängiger Organisation haben soll, auch nur im entferntesten in Verbindung gesetzt hatte?

Der deutsche Leser wird, nachdem er wochenlang von den Freiheiten der verschiedenen Nationalitäten in der polnischen Republik gehört hat, erstaunt sein, wenn er sieht, was der "Dziennik" sich unter evangelischer Freiheit im einzelnen denkt: 1. Die polnische Sprache müßte in der Verwaltung der vereinigten Landeskirche — gemeint ist offenbar die unierte evangelische Kirche — mit der deutschen gleichberechtigt sein. 2. an der Spitze müßten mindestens zum vierten Teil Polen stehen. 3. Theologen, die in Deutschland studiert haben, dürfen in Polen nicht als deutsche Seelsorger zugelassen werden. 4. dagegen sei eine Ergänzung des Studiums in der anglo-sächsischen oder schweizerischen Welt möglich. Zu den Punkten 1 und 2 ist zu sagen: Nach § 8 des oben angezogenen Vertrages haben die polnischen Bürger, die nach Rasse, Religion oder Sprache zu Minoritäten gehören, das Recht religiöse Institutionen zu gründen, zu leiten und zu überwachen. Sie haben weiter das Recht, in diesen Institutionen ihre eigene Sprache anzuwenden. Es wäre aus den verschiedensten Gründen besser, wenn Berufungen auf den Vertrag unterbleiben könnten. Die deutsche Bevölkerung wäre ihrerseits auch sicherlich zu einer Verständigung mit der polnischen Regierung bereit, wird aber immer auf jenen vertrauensmäßigen Abmachungen bestehen, wenn man ihre natürlichen und verbrieften Rechte, wie es hier geschehen, anstrebt. — Die hiesige unierte evangelische Kirche ist eine Kirche der deutschen Minderheit. Evangelische mit polnischer Muttersprache kommen in ihr kaum in Betracht; es gibt nur einige im Süden der ehemaligen Provinz Posen, mit denen die deutschsprachenden Evangelischen im Einvernehmen gelebt haben und weiter leben werden. Unsere Behörden und unsere Verwaltung sind und bleiben rein deutsch.

Zu Punkt 3 und 4 sind einige Fragen zu stellen: Wenn unter der anglo-sächsischen Welt in erster Linie die englische zu verstehen ist, müssen die deutschen evangelischen Geistlichen dann erst englisch lernen, um dort zu studieren? Oder wird dafür gesorgt werden, daß auf einer englischen Universität deutsch gelesen wird, damit die künftigen evangelischen Geistlichen aus der Republik Polen sich dort weiter bilden können? Wer wird dafür sorgen? Der "Dziennik Poznański"? Weiß der "Dziennik" nicht, daß die englischen Kirchen, wenn sie auch evangelisch sind — manche Mitglieder der High Church nennen sich übrigens lieber katholisch — eine andere Bekenntnisgrundlage haben als wir? Ebenso die schweizerische Welt, in welcher uns das Studium ebenfalls gestattet sein soll? Wenn der "Dziennik" es für falsch hält, daß die hiesige evangelische Kirche den Warschauer Faktoren unterstellt wird, weil das Bekenntnis entgegensteht, wie kann er dann im Ernst sprechen, daß die evangelischen Geistlichen in England oder in der Schweiz studieren sollen? Aber weiter. Weiß man in Polen nichts davon, welchen Ruf die deutsche evangelische Theologie als Gesamterscheinung hat, welchen Weltruf? Welchen klang z. B. der Name Harnack in England gehabt hat? Vor dem Krieg! Wie es jetzt steht, wissen wir nicht. Welchen Respekt z. B. bei dem Tode eines evangelischen Forschers wie des Professors von Soden, die katholischen von Jesuiten herausgegebenen Stimmen der Zeit (früher Maria Laach) bezeugt haben? Und von dieser geistigen Macht, unserer mütterlichen Erbin, sollte man uns trennen? sollte uns der Staat trennen, der in dem Gebiet, um das es sich hier handelt, nach dem deutschen bürgerlichen Gesetzbuch und — im wesentlichen — der gesamten deutschen Reichs- und preußischen Staatsgesetzgebung leben muß, noch auf Jahre hinaus! Fühlte man nicht die — Komik eines Verlangens, oder heißt es besser Tragik? Und eine Akademie oder Fakultät in Polen? Für die unierte Kirche, die streng lutherische und die reformierte zugleich? Es will uns scheinen, daß die Schnelligkeit, mit der heutzutage Neues entsteht, vom Staat bis zum Theater, das Urteil trifft. Eine evangelische Fakultät für die deutschen Kirchengemeinschaften läßt sich nicht hervorzaubern, man müßte sie denn aus Deutschland holen. Und weiter: Hat sich der Verfasser jener Betrachtungen des "Dziennik" auch nur mit einem Splitter seines

Denkens auf die neue Zeit der friedlichen Ausgleichung und des allgemeinen Weltverkehrs eingereicht?

Das möge genügen. Es ist bekannt, daß die gegenwärtigen Erörterungen der kirchlichen Lage dadurch hervorgerufen worden sind, daß von einer Unterstellung unter das Warschauer Konsistorium gesprochen worden ist. Die mündlichen Aeußerungen des Generalsuperintendenten Bursche sind mit Vorsicht aufzunehmen. Er soll sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen haben wie kürzlich Konsistorialrat Gundlach in der "Neuen Lodzer Zeitung." Nun hat Konsistorialrat Gundlach einen Zusammenschluß der lutherischen Kirche in Kongresspolen und der unierten hier zwar als verfrüht und unpraktisch bezeichnet, eine "administrative Annäherung beider Kirchen" aber als möglich. Das ist zu beachten und gäbe wohl Anlaß zu sehr merkwürdigen Betrachtungen: Für eine Administration nach Warschauer Art haben wir weder Verständnis noch Raum. Wir bauen auf der Synode auf! d. h. auf unseren Synoden, was man in Warschau verstehen wird. — Jetzt aber steht nach den immerhin ein wenig beruhigenden Mitteilungen über die Haltung des Generalsuperintendenten Bursche die Aufrechterhaltung des Zusammanges mit der bekenntnisgleichen Kirche in Preußen im Vordergrunde unserer Aufmerksamkeit. Und da sind die Betrachtungen des "Dziennik", also eines gemäßigten Blattes, überaus lehrreich, indem sie vor aller Welt zeigen, was uns hier erwartet, wenn wir, d. h. wenn unsere evangelische Gesamtgemeinde in den abgetrennten Gebieten nicht genügend Kraft entfalten kann, um Dasein und Leben in der überlieferter Form zu verteidigen und die Rechte, welche jener Vertrag zwischen den Verbandsmächten und Polen ihr sichert, in Wirklichkeit umzusetzen.

Der Aufstand in Oberschlesien.

Eine Erklärung der P. P. S.

Der "Robotnik", das Organ der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) veröffentlicht in seiner Dienstagsnummer an der Spitze des Blattes eine Spezialkorrespondenz eines ihrer Mitarbeiter, der wir nachstehend entnehmen:

Der Aufstand in Oberschlesien dauert an. Obwohl die Aufständischen infolge Mangels an Waffen und Munition an einer Stelle auf Kongresspolnisches Gebiet zurückgeworfen wurden, brach der Aufstand an anderer Stelle mit doppelter Gewalt von neuem aus. Es nützen keine Kanonen, Tanks, Aeroplane und Panzerwagen, die die Preußen gegen die Aufständischen ins Feld führen. Die Bewegung wird von den Deutschen nicht aufgehalten werden können, da sie eine Volksbewegung ist. Den Aufständischen kommen die Arbeiter aus Kongresspolen zu Hilfe. An allen Kämpfen der Aufständischen an der Grenze nahmen Arbeiter, Genossen der P. P. S. aus dem Dombrowaer Kohlenbezirk teil. Einem hervorragenden Anteil nehmen in den Kämpfen bei Myslowitz die Genossen der P. P. S. aus Niwka und Mordzejow, bei Czeladz und Milowice. Die Genossen aus den Gruben "Saturn", "Biały" und "Milowice", die zusammen mit den Aufständischen kämpften.

Unsere oberschlesischen Genossen klagen sich über die Sokol- und die sogenannte nationale Organisationen in Oberschlesien, die, als der Aufstand ausbrach, nicht vollzählig zur Stelle waren. Ihre Anführer hatten es vorgezogen, nach Kongresspolen oder nach dem Posenschen abzureisen, sodass die ganze Schwere der Kämpfe unseren Genossen aufgebürdet war. So schreibt der "Robotnik". Ein Kommentar ist wohl überflüssig.

Weitere Ausprägung der Lage.

Berlin, 28. August. (P. A. T.)

Aus Oberschlesien wird die Verschärfung der dortigen Lage gemeldet. Die deutschen Blätter schreiben die Ausbreitung des Aufstandes der polnischen Agitation in der Umgebung von Katowic zu. Die deutsche Presse bemerkt, daß die polnische Regierung angeblich viele polnische Offiziere beurlaubt habe, damit diese die über die Grenze gelauften polnischen Aufständischen rechtzeitig, daß im Senat die notwendige Zweidrittelmehrheit für die unveränderte Annahme des

Nauen, 28. August. (P. A. T.)

Die Entente-Kommission bereift alle Städte, die von der Aufstandsbegegnung erfaßt sind. Gestern weilt eine Kommission in Babsz und in der Gudula-Hütte, wo sie die Vertreter der polnischen und deutschen Parteien zwecks Feststellung der Ursache der Unruhen verhört.

Berlin, 28. August. (P. A. T.)

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" führt in einem Leitartikel aus, daß es nicht angebracht sei, die polnische Regierung des Aufstandes wegen zu beschuldigen. Es seien vielmehr schuld die chauvinistischen polnischen Parteien, deren politische Tätigkeit für die polnische Regierung schädlich ist. Die Polen haben durch den Friedensvertrag mehr erreicht, als zu erwarten war. Die polnische Regierung habe keinen Grund, neue Unruhen zu stiften. — Eine unserer Hauptaufgaben muß das Bestreben sein, dauernde Beziehungen zu den Weststaaten herzustellen. Man könne nicht an der Tatsache achtsam vorübergehen, daß Polen mit Deutschland benachbart ist und daß beide Staaten eine gemeinsame lange Grenze haben. Polen wird ein reiches Land in Bezug auf landwirtschaftliche Erzeugung sein, wird aber nicht in der Lage sein, zur Industrie mit eigenen Kräften zurückzukehren. Die Deutschen werden natürlich wieder die Hauptabnehmer Polens sein. Die polnische Industrie braucht für seinen industriellen Aufbau technisch geschulte Leute und wird die Industrie mit Hilfe unserer Techniker haben. Die Grenzen Polens sind nicht überall festgelegt. Die polnische Regierung wird noch lange um die Schlichtung von Konflikten im Osten arbeiten.

Kein deutsch-polnischer Gebietsaustausch.

Berlin, 27. August.

In deutschen Blättern finden wir nachstehende Mitteilungen: In der Provinz Posen, in Westpreußen wie auch in Oberschlesien erscheinen immer noch Gerichte, wonach die Regierung einen oder den anderen Teil derjenigen Provinzen, welche nach dem Friedensvertrag Deutschland verbleiben sollen, mit den Polen austauschen wollte. Besonders aus den Kreisen Krautstadt, Mühlitz und Guhrau wird von Beunruhigung der Bevölkerung berichtet, weil angeblich Teile dieser Kreise im Wege des Austausches an Polen abgetreten werden sollen. Die preußische Regierung wiederholt diesen Nachrichten in der Presse widergesprochen. Heute unterstreicht es die Regierung abermals, daß sie nicht daran denkt, sich der deutschen Bevölkerung oder deutsches Landes als eines Tauschobjektes zu bedienen und daß sie mit Versteuerungen in dieser Richtung nichts gemein habe.

Die Deutschen räumen das Baltikum nicht.

London, 28. August. (P. A. T.)

Die Deutschen weigerten sich, die baltischen Provinzen zu räumen. Infolgedessen beauftragte die Friedenskonferenz den General Gough, Schritte zu unternehmen, damit die den Deutschen seinerzeit mitgeteilten Forderungen durchgeführt werden.

Amerikas Opposition gegen den Friedensvertrag.

Rotterdam, 26. August.

Mit 9 gegen 8 Stimmen hat der Senatsausschuss bestimmt, daß im Friedensvertrag so weit er sich auf Schantung bezieht, das Wort Japan durch die Bezeichnung China ersetzt wird. Damit ist gesagt, daß alle Rechte, die Deutschland an Schantung besaß, nicht auf Japan, sondern auf China übergehen. Der Beschluss hat in demokratischen Kreisen Amerikas, also unter den Anhängern Wilsons, großes Aufsehen erregt.

Die französische Presse legt eine unerhörte Beunruhigung an den Tag angesichts des Beschlusses der Auslandskommission des nordamerikanischen Senates, den Friedensvertrag nicht unverändert anzunehmen. Der "Temps" betont, daß die Annahme des Amendments in Bezug auf die Rückgabe von Schantung an China und nicht an Japan ohne Zweifel die Beurteilungen rechtfertige, daß im Senat die notwendige Zweidrittelmehrheit für die unveränderte Annahme des

Jugend.
Belannt:
der Schul-
klassen: Es
zweideutig
zu bringen.
der Eltern
in Billard,
öffentlichen
zweckmäßigen
durch das
der Eltern
keine un-
schluss aus-
en Min-
ern keine
werden zur
davo!
schen, von
Dessent-
er als bis
bedeutsame
n des Re-
en ist not-
icht unter
zage sowie
strenghens
Gelehrte
ersagt, so
Zuwider-
ern abend
gieder der
zusätzliche
ung stand
der Ge-
er geplan-
geschlossen.
Reitungs-
neue Ver-
auch ein
um über
eine Ent-
In der
tellen 6—8
ffmann in
Derlichkeit
auf Dach-
und auf die-
m öffnete
dem Schlaf-
mit Revolu-
geblendet
er Bandit
er wurden
perkt. Ein
und eine
nann nach-
f nicht so
norweling
unbarm-
Keller ge-
irde. Die
Wohnung,
000 Mark
ade. Erst
befreit.
mitten der
der Um-
Schrecken
ch in der
Hermann,
a 3 Jäge
halbfünf-
deutend.
In der
die Toten-
den alten
arze Stoff
und ent-
Totenhalle,
Hoffstein-
zur Ver-
fiel der
20, vom
der Unfall-
Hilfe.—
Klimski-
verschiedene
zwein.—
Arbeiter,
und H.
von Brü-
haben.—
avorzenie,
Wohnung
000 Mark
f. Frenkel.
Sachen im
— In der
strasse 53,
anantwein-
ad 48 des
Sie ent-
ungsmini-
ungen über
Getreide-
eien Kar-
die Kreis-
der Auf-

hebung der Beschlagnahme von Metallen und die Anmeldungspflicht von Leinengeweben und Wäsche, das Gesetz über Immobilienversicherung, das Gesetz über den Handel mit Bodenflächen im Wirtschaftsjahr 1919/20 und das Gesetz über die Einziehung der Apotheker zum Heeresdienst.

Für den Christlichen Wohltätigkeitsverein ist in der Geschäftsstelle der „Lodzer Freien Presse“ nachstehende Spende eingegangen:
Von der Schülerschaft des hiesigen Lehrseminars am Stelle eines Kranzes auf das Grab des Pädagogen Ed. Hesse. — Mt. 36.—
Besten Dank!

Aus der Umgegend.

Zagierz. Deutsches Gymnasium. Die Eintrittsprüfungen begannen am Mittwoch, 27. d. M. Der Unterricht beginnt am Montag, den 1. September d. J. Anmeldungen von Schüler und Schülerinnen werden noch täglich von 10—12 Uhr vormittags im Schullokal, Lange Straße 28, entgegengenommen.

Konstantynow. Wieder mal ein Einbruchsdiebstahl! Nach einer Pause von einigen Monaten, während welcher die hiesigen Langfinger sich mit der Entwendung von Feldfrüchten und anderen Lebensmitteln beschäftigten, sind sie jetzt wieder zu ihrer im verschlossenen Winter geübten Praxis zurückgekehrt. In der Nacht zu Donnerstag erbrachen sie den Stall des Pastors der Konstantynower Gemeinde, Herrn Leopold A. Schmidt und stahlen 2 Kühe. — Wann wird das ein Ende finden? Heutzutage bietet sich in Konstantynow genügend Verdienstgelegenheit, diese „Arbeit“ muss aber doch wohl mehr abwerfen.

Brzeziny. Verpflegungsschwierigkeiten und Kundgebungen der Frauen. Die Verpflegung der Stadt lässt viel zu wünschen übrig. Die Bevölkerung hat seit dem 21. Juli kein Brot mehr erhalten; der Zucker für den Monat August ist auch noch nicht verteilt worden. Die ältere Stadtbevölkerung, vorwiegend aber Frauen, veranstalteten — mit diesem Lauf der Dinge unzufrieden — bereits seit zwei Wochen fast täglich vor und in dem Magistrat Kundgebungen und verlangen im verbundenen Worten die Zuteilung von Mehl. Der Magistrat kann ihnen jedoch wenig helfen, da ihm seitens des Verpflegungsschwartes kein Mehl zur Verfügung gestellt wird. Infolge des Mangels an Kontingentmehl ist das Brot teuer und für die arme Bevölkerung unerschwinglich. Auch das Fleisch und die Wurstwaren sind in der letzten Zeit bedeutend teurer geworden. Die Herren Fleischer lassen sich für einen Pfund Wurst 8 Mark und für ein Pfund Speck 10 Mark zahlen.

— **Tragischer Vorfall.** Dieser Tage kam der 33jährige Polizist Jan Jamrojinski auf tragische Weise ums Leben. Er besuchte seinen in Bielowice wohnenden Bekannten, den Förster Swiderski, der unlängst ein neues Gewehr erhalten hatte. Als Jamrojinski sich dem Hause des Försters näherte, ergriff Swiderski das Gewehr und zielte auf Jamrojinski, indem er schreidend rief: „Hände hoch!“ In diesem Augenblick erhob sich die Waffe und Jamrojinski stürzte tot zu Boden. Swiderski wurde in Haft genommen.

— **Der evangelische Gesangverein „Concordia“** hat vorläufig seine Tätigkeit eingestellt. Der noch im vorigen Jahre aufblühende Verein verlor in den letzten Monaten eine große Anzahl Mitglieder und musste infolge Fehlens eines Dirigenten seine Gesangübungen einstellen. Der bisherige Vereinsvorstande Herr Breyer hat sein Amt infolge Übersiedelung nach Breslau niedergelegt. In der am Sonntag stattfindenden Sitzung wurde an seine Stelle Herr Emil Treichel gewählt. Anstelle des gleichfalls zurückgetretenen Schriftführers und seines Gehilfen wurden Herr Pockert und Fr. Melida Seidel gewählt. Das bisherige Vereinslokal wurde aufgegeben. Die Vereinsnöbel wurden nach dem evangelischen Gemeindehaus übertragen, das Herr Pastor Wannagat dem Verein unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat.

Ozorkow. Von der deutschen Schule.

In der vergangenen Woche wandte sich der Stadtverordnete Herr Adolf Berndt an den hiesigen Schulaufsichtsrat mit dem Erfuchen um Mitteilung, wie es mit den eingereichten Deklarationen der Eltern deutscher Kinder, die im schulpflichtigen Alter stehen, sich verhalte, d. h. Herr Berndt will wissen, ob die Unterrichtssprache in der an der evangelischen Kirche befindlichen Schule weiterhin die deutsche bleiben, oder ob an deren Stelle polnische Sprache eingeführt werden wird.

Die Antwort des Schulaufsichtsrats ist noch nicht erfolgt. Wie uns aber aus bestem Quelle mitgeteilt wurde, verhält sich der Sachverhalt wie folgt:

Der Schulaufsichtsrat ist in Ozorkow erst nach Ostern gegründet worden und hat erst in den ersten Tagen des Monats Mai seine Tätigkeit aufgenommen. Die Deklarationen sind nur drei Tage lang, je 1½ Stunden, in Empfang genommen worden. Die Zahl der abgegebenen Deklarationen war infolge der nicht erfolgten Ausklärung der Eltern sehr gering. Die Schule wurde von etwa 100 Kindern besucht. Abgegeben wurden 38 Deklarationen. Davon sind 18 für ungültig erklärt worden und zwar aus folgenden Gründen: 1. Einige der in den Deklarationen angeführten Kinder befuchten im Mai die Schule nicht. 2. Die Eltern einiger Kinder wohnen

könnten die Unterschriften der Eltern nicht geprüft werden. Zur Prüfung der Unterschriften der Eltern war von Seiten des Schulaufsichtsrats niemand rechtzeitig aufgefordert worden. Somit sind nur 20 Deklarationen für 36 Kinder für gültig befunden worden. Danach zu urteilen, kann man schon im Voraus wissen, welche Unterrichtssprache in besagter Schule eingeführt werden wird, es sei denn, es helfen noch Proteste.

Auch im ganzen Kreis Leczyca ist der Sachverhalt ein ähnlicher. In diesem Kreis wurden bisher 14 deutsche Schulen gezählt. Kein Lehrer dieser Schulen weiß bisher, welche Unterrichtssprache er in seine Schule einführen soll, zumal ihm von den Behörden noch nicht darüber mitgeteilt wurde, ungeachtet dessen, daß schon in der nächsten Woche der Unterricht in den Schulen beginnen soll.

Der an der Olsztower deutschen Schule tätige Lehrer, Herr E. Wittenberg, ist aus seinem Amt entlassen worden.

Auflösung der Deutschen Selbsthilfe. Am 24. d. M. fand im Kommandosaal die zum zweitenmale einberufene Generalversammlung der Mitglieder der ehemaligen „Deutschen Selbsthilfe“ statt. Da die Leitung der „Selbsthilfe“ bei den Mitgliedern angeschwärzt wurde, um dadurch zwischen den Mitgliedern und der Leitung Misstrauen zu sät, sah sich der Vorsitzende genötigt, der Generalversammlung einen Bericht über die „Selbsthilfe“ zu erstatten, um die Vorwürfe zu entkräften. Ein Mitglied der Revisionskommission hatte das Gericht verbreitet, daß das Geschäft im letzten Halbjahr 6000 Mark verloren habe. Aus dem Bericht ist dagegen zu erkennen, daß der Verlust nur etwa 1800 Mk. betragen hat. Es ist aber nicht zu vergessen, daß der Laden im Mai beschlossen wurde, wobei fast alle wertvollere Sachen von den Dieben mitgenommen wurden. Diese Aufklärung half jedoch nichts: es wurden immer mehr Stimmen laut, die die Auflösung der „Selbsthilfe“ verlangten. Der Vorsitzende ordnete darüber eine Abstimmung an, der eine kurze Befragung der Mitglieder vorausging. Als die Abstimmung erfolgte, waren es kaum $\frac{1}{10}$ der Mitglieder, die für das weitere Bestehen der „Selbsthilfe“ waren, während alle anderen die Auflösung verlangten. Infolgedessen mußte der Beichluss angenommen werden. Man wählte eine Liquidationskommission, die die Auflösung in kürzester Zeit durchzuführen soll.

Aus dem Reiche.

Warschau. Die Fliegerschuppen niedergebrannt. Der „Glos Polski“ veröffentlicht nachstehende Depeschen: Am Mittwoch um 9 Uhr frisch brach im Flugzeugshuppen auf dem Mokotower Felde Feuer aus. Außerdem fertigen Flugzeuge und Flugzeugteile waren dort auch große Vorräte an Benzin und Schniersstoffen untergebracht. Der herrschende Wind begünstigte den Brand ungemein. Als die Feuerwehr eintraf wurde ihr erklärt, daß sich im benachbarten Schuppen große Vorräte an Bomben und Granaten befinden. Da leicht brennbares Material brannte, begnügte die Wehr sich damit, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Nach zwei Stunden eifriger Arbeit war jede Gefahr für die Nachbarschuppen beseitigt, sodass die Wehr abrücken konnte. Der Hangar Nr. 11 war vollständig niedergebrannt. Es verbrannten 5 Aeroplane System Brandenburg B und 3 Apparate Rumppler sowie mehrere zehn Tonnen Schniersstoffe, Öl und Benzin. In der Stadt herrscht großer Empörung. Die Allgemeinheit bringt den Brand mit dem Tod der zwei polnischen Flieger Ing. Slowik und Stefanowski in Verbindung. Die „Gazeta Warszawska“ behauptet, daß man allgemein von großen Missbräuchen spreche, deren Spuren durch den Tod zweier Menschen und das Feuer verwischt werden müssten.

Der „Przegląd Wiczorny“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem General Roszkowski. Dieser behauptete, daß in der polnischen Armee letzte 30 Lieferungs- und Wirtschaftsaufgaben ausgedeckt worden sind.

Weiter berichtet der „Glos“, daß — wie maßgebende Kreise mitteilen — die von einem Teil der Warschauer Presse in Verbindung mit dem Brand gebrachten Informationen nicht den Tatsachen entsprechen. Von den Flammen wurden 6 Flugzeuge alter Systems eingekesselt.

Das Feuer entstand infolge Entzündung von Benzin, dem man mit einer Lampe zu nahe gekommen war. Von bösem Willen könne keine Rede sein. Die Warschauer Blätter, die von Brandstiftung schrieben, sollen zur Verantwortung gezogen werden.

Es ist tief zu bedauern, daß die Polnische Telegraphen-Agentur (P. A. T.) nichts über den Brand gemeldet hat.

Leczyca. Der Kreistag hat beschlossen, zum Bau von Chauffeuren eine Anteile von 500.000 Mark aufzunehmen. Zur Renovierung

Bedürfnisse der polnischen Soldaten 3000 Mark bestimmt.

Lemberg. Protest der jüdischen akademischen Jugend. Die Lemberger jüdische akademische Jugend hat an den Rektor der Universität einen Protest gerichtet, in dem ausgeführt wird, daß der Beschuß des Universitätsrates vom 15. August dazu führen werde, daß die jüdische Jugend aus der Universität ausgeschlossen wird. Die jüdische akademische Jugend, die seit 5 Jahren die Möglichkeit zu studieren beraubt ist, protestiert gegen diese Handlung und fordert, daß sie zu den Vorlesungen zugelassen werde.

Letzte Nachrichten.

Um Polens Grenzen.

Generalstabsbericht vom 28. August.

Litauisch-weißrussische Front: An der ganzen Front bleibt Erfolgslustigkeit unserer Patrouillen. Im Abschnitt von Lunniec erstickten unsere Abteilungen trotz feindlichen Feuers Prappe und nach Zurückwerfung des Feindes in nordöstlicher Richtung wurde das von den Bolschewiki stark besetzte Dorf Borek eingenommen.

Wohynische und galizische Front: Ruhe.

Der stellvertretende Chef des Generalstabes Haller, Oberst.

Zu den Ereignissen in Oberschlesien.

Warschau, 28. August. (P. A. T.) Bombardeur-Komitee wird gemeldet: Die preußischen Behörden agitieren sieberhaft in verschiedenen Außen für eine breite Organisierung der Gemeindebehörden in Masowien und Cermeland, um dadurch den Überfluss der Besetzung durch Ententeentruppen und damit den Ausfall des Plebiszits zu unseren Ungunsten zu beeinflussen. Die polnische Bevölkerung der erwähnten Plebiszitgebiete wünscht im Gegenteil eine Räumung von Masowien und Cermeland durch die Deutschen und ihre Erfüllung durch Ententeentruppen und zwar nach Möglichkeit durch Polen evangelischen Bekenntnisses, soweit es sich um polnisch-protestantische Gebiete Masoviens handelt.

Sosnowice, 28. August. (P. A. T.) Der verschärfte Belagerungszustand wurde aufgehoben. Es verblieb aber der Belagerungszustand der vor dem 18. August bestanden hatte.

Sosnowice, 28. August. (P. A. T.) In ganz Oberschlesien ist von neuem der Streik ausgedrochen. Die Arbeiter fordern bedingungslos die Entfernung des Grenzschutzes.

Sosnowice, 28. August. (P. A. T.) Heute nachts um 12 Uhr wurde in Beuthen die neue Kaserne von den Russlandischen in die Lust gesprengt. Es sind eine große Anzahl von Verwundeten und Tote zu verzeichnen, da die Kaserne voll mit Soldaten des Grenzschutzes besetzt war.

Auch Posen hat keine Kohle!

Posen, 28. August. (P. A. T.) Das Posener Gebiet, das täglich zur Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs für wirtschaftliche und andere Zwecke 1401 Waggons Kohle nötig hat, hat seit einer Woche keine Zufuhr von Kohlen. Wenn diesem Mangel nicht abgeholfen wird, dann würde dies katastrophale Folgen haben. Es müssten die Elektrizitätswerke, städtische Gasanstalten und der Eisenbahnverkehr eingestellt werden.

Die sechs Milliarden Goldrubel aus dem Brest-Litowsker Vertrag.

Berlin, 28. August. Die „Voss. Btg.“ berichtet: In der Öffentlichkeit laufen widersprechende Nachrichten über das Schicksal des sechs Milliarden Goldrubel, die Russland gemäß dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk an Deutschland zu zahlen hatte. Tatsache ist, daß von dieser zur Entschädigung der durch die Russeneinsätze im Jahre 1914 geschädigten Bewohner der deutschen Provinzen bestimmten Summe nur die ersten Raten bezahlt worden sind, die alsbald von den zuständigen Stellen ihrer Bestimmung zugesetzt, das heißt zur Unterstützung der geschädigten Bewohner der Provinzen verwendet wurden. Nachdem Russland sich vom Vertrag von Brest-Litowsk losgesagt hatte, sind die Ratenzahlungen naturgemäß eingestellt worden, die bis dahin bezahlten Summen sind von Deutschland nach den Bestimmungen des Friedens von Versailles an die Entente zurückgezahlt worden.

Die sechs Milliarden Golddubel aus dem Brest-Litowsker Vertrag.

Warschau, 28. August. (P. A. T.) Das Posener Gebiet, das täglich zur Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs für wirtschaftliche und andere Zwecke 1401 Waggons Kohle nötig hat, hat seit einer Woche keine Zufuhr von Kohlen. Wenn diesem Mangel nicht abgeholfen wird, dann würde dies katastrophale Folgen haben. Es müssten die Elektrizitätswerke, städtische Gasanstalten und der Eisenbahnverkehr eingestellt werden.

Die Frage des Banknotenumtauschs in Deutschland.

Berlin, 28. August. Im Reichsfinanzministerium ist eine Beratung über die Maßnahmen zur Erfassung der Vermögen abgehalten worden, an der Sachverständige aus allen Bankkreisen teilnahmen. Allgemein wurde die Überzeugung ausgesprochen, daß wirksame und scharfe Maßregeln gegen die Steuer- und Kapitalflucht getroffen werden müssen und die Banken haben sich bereit erklärt, der Regierung in weitestem Maße dabei zu helfen. Gegen den Vorschlag des Umtausches aller Banknoten wurden jedoch ernsthafte Bedenken wegen der technischen Undurchführlichkeit erhoben. Der Reichsfinanzminister Erzberger erklärte, daß er angesichts dieser Bedenken zwar

hatte, daß er aber trotzdem auf Mittel finnen müsse, um die Verringerung des ins ungeheure anwachsenden Notenumtauschs herbeizuführen. Er müsse daher von der Sachverständigenkommission unter allen Umständen erwarten, daß sie ihm bei Ablehnung seiner Vorschläge neue Wege eröffnen müsse, um zum notwendigen Ziele zu gelangen.

Zum Friedensschluß mit Österreich.

Paris, 28. August. (P. A. T.) Der Oberteil interierte Rat hielt vorgestern vormittag eine lange Sitzung ab, die den Erörterungen über den österreichischen Friedensvertrag gewidmet war. Nach dem „Tempo“ wurde die Finanzklause angenommen; noch nicht festgestellt wurde dagegen bisher die Entschädigungsclauseln. Es wurde beschlossen, im Vertrage einige Änderungen vorzunehmen, worüber bis in den späten Abend hinein beraten wurde. Daselbe Blatt meldet, daß der Rat ein Entwurf über Vorbereungsmaßnahmen gegen die deutsche Propaganda in den österreichischen Ländern ausgearbeitet habe.

Brüssel — Sitz des Volkerbundes.

Saint-Germain, 26. August. „New-York Herald“ meldet, daß der Sitz des Volkerbundes nun doch von Genf nach Brüssel verlegt worden sei und daß dies in den nächsten Tagen amtlich kundgemacht werden solle.

Riew von den Bolsheviks geräumt.

Warschau, 28. August. (P. A. T.) Wie der „Kurier Warschau“ erzählt, haben die Bolsheviken Riew nach einem Straßenkampf geräumt. Die Stadt soll von Offiziersabteilungen befreit worden sein. Zur Zeit seien noch nähere Einzelheiten. Es ist noch nicht bekannt, wo Riew in die Hände der Truppen Denikins oder Petursas gefallen ist.

Eine Erklärung Wilsons.

Saint-Germain, 26. August. Wie der „Main“ meldet, hat Präsident Wilson in seiner Unterredung mit den Mitgliedern der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten erklärt, daß die Verträge über die Verteilung der deutschen Kolonien nur provisorisch seien und daß sie die Zustimmung des Volkerbundes unterliegen, der sie allein in Kraft setzen könne.

Der Milliardennachlass Carnegies.

Berlin, 28. August. Die „Voss. Btg.“ meldet aus Genf: Der Testamentsvollstrecker Carnegie erklärte, daß der verstorbenen Stahlkönig „nur“ ein Vermögen von $1\frac{1}{2}$ Milliarden Franken hinterlassen habe. Sein Testament sei ein sehr langes Dokument. Die Tochter werde nicht viel mehr als ein Viertel des Vermögens betragen.

Warschauer Börse.

	28. August	27. August

<tbl_r cells="3" ix

Am 27. August I. J. starb nach langem schweren Leiden, unser lieber Berufsgenosse und Mitarbeiter Herr Lehrer

Eduard Hesse

im Alter von 51 Jahren. Seine Pflichttreue und ehrenhafte kollegiale Gesinnung sichern ihm ein dauerndes Andenken in unserer Mitte.

Die Lehrerschaft des Evangelischen Lehrerseminars
und des Deutschen Gymnasiums.

2400



Schmerzerfüllt teilen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, Donnerstag, 3 Uhr früh, meine liebe Gattin, unsere herzensgute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Kusine

Luisa Steinke geb. Schmidt

im Alter von 51 Jahren ganz unerwartet in ein besseres Jenseits abzurufen. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 30. August I. J., um 4 Uhr nachmittags vom Trauerhause, Krzywie bei Bziers, aus, auf dem evangelischen Friedhofe in Bziers statt.

Die tiefbetrühten Hinterbliebenen.

2398

Deutsches Real-Gymnasium

Deutsches Mädchen-Gymnasium

Lodz, Rozwadowska-Straße Nr. 7.

Zur Entgegennahme von Anmeldungen für das neue Schuljahr und zur Erteilung von Auskünften sind zeitweilig im Evangelischen Lehrerseminar (Evangelica 11/13) Sprechstunden werktäglich von 10—12 Uhr vormittags angezeigt worden.

Der Termin der Aufnahmeprüfungen und der Beginn des Unterrichts wird rechtzeitig bekanntgegeben werden.

2216 Die Schulleitung.

Dr. med.
Wilhelm Fischer
empfängt v. 4—6 Uhr nachm.
Sonn- und Feiertags 11—12 Uhr
Petrifauer Straße 200.

Dr. S. Kantor
Spezialarzt
für Haut u. veneräre Krankheiten.
Petrifauer Straße Nr. 144.
Sitz der Evangelischen Straße
Durchgang mit Ständchenstrasse u.
Dwarzlich (Haaransatz). Elektri-
sation u. Massage (Männer
schwäche). Konkurrenzpreis von
9—2 u. v. 6—8, f. Damen v. 6—8.

Erteilt französischen, eng-
lischen und polnischen
Unterricht

zu mäßiger Preise. Sienkiewi-
cz 31, II. Etage, B. 5. 2333

ZAHN-ARZT

E. FUCHS

empfängt persönlich v. 11—1 u. 5—7.

Nawrot-Straße Nr. 4. 1932

Helenenhof

Sonnabend, den 30.
und Sonntag, den 31. August 1919:

Großes

Garten-Konzert

des Streich- u. Blasorchesters der Loder Eisenbahner-Kompanie unter Leitung des Herrn U. Solotyn.

Beginn um 4 Uhr nachmittags.

Eintritt für Erwachsene Mr. 1.50; Soldaten, Schüler und Kinder 80 Pf.

Einige Blaufiepen-Drucker

können sich melden. Fabrik Hiller, Fabianice, leichte Trambiegung.

2376

Schulheste und Schreibmaterialien

empfiehlt an-gross und an detail zu den billigsten Preisen

H. T. Kunert & Co.

Zawadzka 1.

Für Lehrer und Mieder-
verdauender spezielle Preise.

2111

Exklusive häusliche Mittage

von 5 M. an, Sienkiewicz 38
Wohn. 13. 2339

Ein fast neues Klavier

(Ch. Betting) sowie eine Garnitur

Salonmöbel

find zu verkaufen. Glowna 38
im Kommissionshaus.

2320

Für die zweckmäßige

rechte ist gerad-
durch dass der

feinem Ab-
gelung ent-
la. Societe Bestimmun

Die d-
stimmungs-
hat weder
die persön-
tigten Ein-

genischen Nationalite-
den Staate

für die Be-
anspruchen.

Die hie-

rechte ist gerad-
durch dass der

feinem Ab-
gelung ent-
la. Societe Bestimmun

Für die

zweckmäßige

durch dass der

feinem Ab-
gelung ent-
la. Societe Bestimmun

Merkmal d-
so dass der

Mitteilung

Einpruchs

zu überlassen.

Nationalitä-
ten.

Die W-

erleicht auf ge-
wissen de-

schaffen we-

würde als

numehr f-

denständig

Da es

nationalen

schutz ha-

Anspräch

Das 8klass. Mädchen-Realgymnasium

von A. ROTHERT, Kościuszko-Allee 71.

Das 7klass. Mädchen-Gymnasium

von M. SCHNELKE, Ewangielicka-Str. 9

machen hiermit bekannt, daß Anmeldungen neuer Schülerinnen vom 25. August ab täglich v. 9—1 Uhr angenommen werden.

Mitzubringen ist Tauf- und Impfschein und 15 Mark Einschreibegebühr.

Beginn der Eintritts- und Nachprüfungen d. 28. August um 9 Uhr vorm. Beginn des Unterrichts am 1. September um 9 Uhr.

2149

Gesucht

junges Fräulein als Verkäuferin,

die auch zu näher versteht.

Zu erfragen in d. Exp. d. Bl.

2339

Suche Stellung

zu Kindern oder zur Hilfe im

Haushalt. Nähers. Rozwadowska-

Str. 26, B. 6 bei Frau Nam-

lowa.

2320

Übernehme

Haushaltungen

mit sämtlichen behördlichen

Angelegenheiten. Offeren un-

ter „S. S.“ an die Expedition

dieses Blattes erbeten.

2318

Als Kinderfräulein

oder Verkäuferin

suche per sofort Stellung. Off.

unter „S. S.“ an d. Exp. d. Bl.

erbeten.

2315

Guterhaltene

Laden

Einrichtung

ist im ganzen oder teilweise billig

zu verkaufen. Zu erfragen d. Vo-

wärts. 68, 2. Et., links.

2401

Spülmaschine

zu verkaufen bei Niemann.

Wolczańska Str. 12III. 2394

2394

Kolonialwaren-

Laden

wenzugshalber zu verkaufen.

Alexandrowka Str. 78. 2395

2395

Geschäftsstelle der Deutschen Sejmabgeordneten.

Der Kreis unserer Aufgaben wird immer größer

und der Umfang unserer Arbeit ist bereits so gewachsen, daß unser Personal und unser Raum nicht mehr zu ihrer Bewältigung ausreichen. Entsprechend wachsen auch unsere Ausgaben. — Wir bitten dringend, uns durch freiwillige Spenden in unserer Arbeit, die dem Gemeinwohl gilt, zu unterstützen. Jeder tut dies im eigenen Interesse.

Spenden nimmt entgegen:

Geschäftsstelle der Deutschen Sejmabgeordneten

Lodz, Rozwadowska-Straße Nr. 17, Parterre.

Ein Reservoir,

ca. 4 ccm Wasserinhalt, Kas-
ninenstall mit 8 Abt. neuem
Systems, zu verkaufen, Gdwna-
Str. 11 b. Witt.

Landwirtschaft

aus 2 Morgen Land u. massivem
Gebäude, zu verkaufen. D. Ast.
Klawerow Nr. 22. 2397

Platz

an der Bednarista Straße Nr. 5
ist zu verkaufen. Zu erfragen d. Vo-
wärts. 68, 2. Et., links.
Ragowska Straße Nr. 143 im
Restaurant. 2391